

Am Anfang war das Wort

Den Soldaten in Afghanistan
hilft die Kriegsdebatte nicht
weiter. Und die Deutschen
haben gute Gründe, den
Begriff „Krieg“ zu scheuen

RAINER ARNOLD

In seiner letzten Kolumne behauptet Andreas Theyssen, die Bundeswehr befinde sich in Afghanistan „im Krieg“ (FTD, 6. Juli). Das „Geschwiemel“ der Bundesregierung beleidige die deutschen Soldaten, die dort im Einsatz sind. Ich gebe ihm vollkommen recht, dass unsere Soldaten, die in Kundus ihren gefährlichen Dienst tun, einer permanenten Stresssituation ausgesetzt sind. Aber würde der Stress nachlassen, wenn die Politik unter dem derzeitigen öffentlichen Druck erklären würde, wir wären in Afghanistan im Krieg? Würden die Soldaten dann beruhigter ihre Patrouillen durchführen und sich sicherer fühlen?

Ich fürchte nein. Die derzeitige Kriegsdebatte ist für die Medien ein klassisches Aufregerthema. Erst waren es die „gefallenen“ deutschen Soldaten, jetzt führen wir eben Krieg in Afghanistan. Das Dramatisieren einer Situation ist aber ebenso schlimm wie ihre Verharmlosung und steigert nicht eben die geringe Akzeptanz der Deutschen gegenüber Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Hier hilft nur, immer wieder zu erklären, warum wir das tun.

Natürlich fühlen sich Soldaten, die gerade beschossen wurden, in einer kriegsähnlichen Situation. Aber der Soldat, der 100 Kilometer entfernt in Masar-i-Scharif seinen Dienst in der Poststelle tut, ist davon nicht berührt. Teilweise finden in ein und derselben Stadt Gefechte und Wiederaufbau zugleich statt. Die Lage in Afghanistan ist zu vielschichtig, um sie auf einen Nenner zu bringen. Dies zu erklären ist eine schwierige Aufgabe für die Politik.

Auch der Deutsche Bundeswehrverband und andere befeuern aus

unterschiedlichen Motiven heraus die Debatte, weil sie – zu Recht – mehr Respekt gegenüber den Leistungen der Soldaten einfordern. Damit spielen sie unbewusst denen in die Hände, die sich mehr Heroismus und Patriotismus in unserer Gesellschaft wünschen. Nichts gegen eine patriotische Grundeinstellung – aber mit überzogenem Heroismus und Patriotismus haben viele keine guten Erfahrungen gemacht.

Ganz vorne mit dabei, wenn es gilt, Ängste zu schüren, ist „Die Linke“. Dass sie damit das Spiel der Taliban mitspielt, die unsere wunden Punkte genau kennen, nimmt sie in Kauf. Diese traumatischen Erfahrungen zweier Weltkriege haben unsere Gesellschaft und Kultur geprägt wie sonst nichts. Das hat sich auch in einer Vorsicht gegenüber Bezeichnungen und Symbolen niedergeschlagen, die sich nur ganz allmählich verändern, wie die Debatte um die gerade verliehene Tapferkeitsmedaille zeigt.

Der Begriff des „Krieges“ ist viel zu gewichtig, als dass man in derartiger Weise für ihn Werbung machen sollte. „Krieg“ und „Frieden“, das sind doch keine semantischen Spitzfindigkeiten, sondern Fragen, wie wir unser Leben in einer Demokratie, die sich mit neuen Herausforderungen konfrontiert sieht, gestalten.

Neue Begriffe für neue Zeiten

Ich wehre mich dagegen, eine Debatte aufgezwungen zu bekommen, die ich falsch finde. Wir führen keinen Krieg in Afghanistan, sondern einen bewaffneten Konflikt gegen Terroristen, in einem Land, das sich nur ganz zaghaft von 40 Jahren Bürgerkrieg erholt. In einem Land, in dem Kinder wissen, was eine Kalaschnikow ist, aber kaum eine

Schule von innen gesehen haben. Dafür haben wir in Deutschland weder den Spannungs- noch den Verteidigungsfall ausgerufen. Es werden keine Reservisten eingezogen, und der Verteidigungsminister ist noch immer Inhaber der Befehls- und Kommandogewalt. Wenn Soldaten verletzt oder getötet werden, gelten die Bestimmungen des Versorgungsänderungsgesetzes. Die Einsatzregeln sind in keinster Weise mit Kriegsregeln zu vergleichen. Dies alles wäre in einem Krieg anders.

Seit Ende der 90er-Jahre kennt das Völkerrecht keine Kriege mehr, es gibt nur noch „bewaffnete Konflikte“. Auch im Grundgesetz fehlen sie, da finden wir nur den Spannungs- oder Verteidigungsfall. Die Welt hat nun mal mit anderen, neuen Herausforderungen zu kämpfen, die neue Begrifflichkeiten brauchen. Unsere Gesetze sind für diese Krisen- und Konfliktsituationen gemacht, ob sie nun „asymmetrische Bedrohungen“ heißen oder anders.

Meiner Meinung nach muss man mit dem Wort „Krieg“ sehr, sehr vorsichtig umgehen. Seit der ehemalige US-Präsident George W. Bush seinen „War on Terror“ erklärt hat, ist die Gesellschaft in den USA eine andere geworden. Es kam zu einer Verrohung der Umgangsformen gegenüber Minderheiten, Bürgerrechte wurden außer Kraft gesetzt und die Menschen in permanente Furcht vor einem neuen Anschlag versetzt. So eine Entwicklung möchte ich hier nicht sehen. Die Auseinandersetzung bei uns über den richtigen Weg ist ein hohes Gut, das zu bewahren sich lohnt.

RAINER ARNOLD ist außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion.